

Explodierende Energiekosten

ZUM ANTIKRIEGSTAG...

PREISENTWICKLUNG – *Wir brauchen wieder mehr soziale Gerechtigkeit*

Seit Anfang September gibt es kein 9-Euro-Ticket mehr und auch keinen Tankrabatt. Aber die Preise steigen weiter, insbesondere von Energie und Lebensmitteln. Mit einem dritten Entlastungspaket will die rot-grün-gelbe Bundesregierung hier gegensteuern (siehe Seite 3).

Wie dramatisch die Lage im bevorstehenden Herbst und Winter wird, kann niemand wirklich genau vorhersagen. Doch die Szenarien werden von Woche zu Woche düsterer. Gerade erst warnte Sebastian Dullien, wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung, in einem langen Thread auf Twitter „vor einem gigantischen makroökonomischen Schock“, der Deutschland im kommenden Jahr bevorstehen könne. Haupttreiber sind laut Dullien vor allen die rasant gestiegenen Gas- und Nahrungsmittelpreise. Wer sein Geld nur noch in die grundlegenden Kosten – Miete, Energie, Lebensmittel – stecken muss, fällt für anderen Konsum weg. Mit der Folge, dass die gesamte Wirtschaft schwächeln wird.

Schon Anfang 2019 – vor allen Krisen, mit denen wir jetzt konfrontiert sind – hatte nahezu jeder dritte in Deutschland Lebende am Ende des Monats kein Geld mehr auf seinem Konto. Inzwischen sind immer mehr Menschen betroffen. Sie hätten nichts mehr einzusparen, um den steigenden Kosten et-



was entgegensetzen zu können, warnen die Verbraucherzentralen. Der Zulauf bei den Tafeln, die kostenlos Lebensmittelpenden verteilen, ist bis Mitte Juli 2022 bereits um 50 Prozent gestiegen. Über zwei Millionen Menschen stehen täglich bei den Tafeln im Land an. Und die schlagen jetzt Alarm.

„Die Bevölkerung schaut voller Sorge auf die massiv steigenden Preise, insbesondere auf die explodierenden Energiekosten“, sagt der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke. Der Ökonom Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, sprach Ende August von einer „sozialen Notlage“. Er hält die Pläne für eine Gasumlage, die zwar den wackelnden Energieversorger Uniper rettet, aber gesunde Unternehmen mit

massiven Gewinnen, die sie wegen der gestiegenen Gaspreise gerade machen, ebenfalls begünstigt, für einen „riesigen Fehler“. Die Bundesregierung könne nicht die Verluste sozialisieren, indem nämlich alle Bürger*innen bei den Energiekosten zur Kasse gebeten werden, und auf der anderen Seite die Gewinne privatisieren.

Mit einer funktionierenden Marktwirtschaft sei das nicht vereinbar. Mit einer sozialen Marktwirtschaft schon gar nicht. In der müssen auch die Löhne sozial gerecht sein. ver.di wird deshalb auch in den anstehenden Tarifrunden wie zuletzt bei der Lufthansa und an den Seehäfen Lohnsteigerungen fordern, die den steigenden Preisen gerecht werden.

Petra Welzel

sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke: „(...) Unsere Solidarität und Unterstützung gilt der Bevölkerung in der Ukraine und den vielen Geflüchteten, auch denen, die vor politischer Unterdrückung aus Russland und Belarus fliehen. Für sie alle müssen die Grenzen weiterhin geöffnet bleiben und sie müssen weiterhin Unterstützung erhalten. Die Ukraine hat ein Recht auf territoriale Integrität, das russische Regime soll für seinen brutalen Angriff nicht auch noch belohnt werden. Zugleich gilt: Auch wenn eine Verhandlungslösung mit Russland derzeit kaum vorstellbar scheint, müssen die Gesprächskanäle offen bleiben. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um eine Rückkehr an den Verhandlungstisch zu ermöglichen. Waffen können zwar helfen, sich gegen einen kriegerischen Angriff zu verteidigen, sie schaffen aber keinen Frieden. (...)“

Beteiligung

„Wenn man die Gasumlage macht, dann muss man auch eine Übergewinnsteuer machen. Man muss die Menschen an außergewöhnlichen Gewinnen beteiligen, sonst macht das keinen Sinn.“

Marcel Fratzscher leitet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung

9-EURO-TICKET

Sichtbare Schwachstellen
Bündnis fordert Ausbau des ÖPNV-Systems

SEITE 2

ENTLASTUNG

Nur ein halber Schritt
Erste Bewertung durch den ver.di-Vorsitzenden

SEITE 3

SWEG

Machtinteressen im Fokus
GdL eskaliert Tarifauseinandersetzung

SEITE 4

FACHKRÄFTE

Druck erzeugt Gegendruck
Engpässe verschärfen sich, Studie zeigt Auswege

SEITE 5

24-STUNDEN

Keine drei Stunden Freizeit
LAG spricht Klägerin knapp 39 000 Euro zu

SEITE 6

ZUKUNFTSTAGE

Ohne sie läuft nichts
Drei Tage Diskussionen über die Frage, wie wir leben wollen

SEITE 7



**Wesentliche
Nachbesserungen
gefordert**

(pm) ver.di hat anlässlich der Verbändeanhörung Ende August wesentliche Nachbesserungen am Referentenentwurf für das sogenannte Krankenhauspflegeentlastungsgesetz gefordert. Der Entwurf sei noch nicht wirklich gut, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler: „Da müssen Bundesregierung und Bundestag nochmal gründlich ran, damit durch das Gesetz tatsächlich eine bedarfsgerechte Versorgung der Patientinnen und Patienten kommt und Beschäftigte entlastet werden.“ Gut sei aber, dass es bei den Vorgaben zur Personalausstattung in der Krankenhauspflege endlich vorangehe. Es müsse aber gesetzlich eindeutig formuliert werden, dass die PPR 2.0 auf den Stationen zur Anwendung kommt. Auch für die Intensivmedizin braucht es konkrete bedarfsgerechte Vorgaben, das kann nach den Erfahrungen der Pandemie niemand ernsthaft bezweifeln.“ Die PPR 2.0 – das von ver.di, der Deutschen Krankenhausgesellschaft und dem Deutschen Pflegerat bereits vor zweieinhalb Jahren vorgelegte Instrument für eine am Bedarf orientierte Personalbemessung in der Krankenpflege – wird im vorliegenden Entwurf lediglich in der Begründung erwähnt, noch nicht aber im Gesetzestext selbst. Für Intensivstationen sind bislang keine Regelungen vorgesehen.

Sichtbare Schwachstellen

9-EURO-TICKET – Bündnis fordert Ausbau des ÖPNV-Systems

(pm) Das zivilgesellschaftliche Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende, ein Zusammenschluss von DGB, IG Metall, ver.di, SoVD, VdK, AWO, NABU, BUND, VCD und der EKD, fordert von Bund und Ländern eine umfassende Anschlusslösung für den Ausbau und die Finanzierung des ÖPNV, aber auch eine Weiterentwicklung des 9-Euro-Tickets. Dazu haben sie ein gemeinsames Positionspapier vorgelegt.

Ein günstiges Ticket müsse dabei vorrangig Menschen, die darauf angewiesen sind, sofort angeboten

Online-Veranstaltung

5. Oktober, 16 bis 18 Uhr: **Das 9-Euro-Ticket als Impuls für die Mobilitätswende – Worauf es bei der Weiterentwicklung des Angebots ankommt.** Gemeinsam mit Vertreter*innen von Bund und Ländern, Kommunen und Verkehrsbetrieben wird diskutiert, was ein Anschlussticket leisten kann und wie dieses umgesetzt werden müsste. Anmeldung unter nabu.de/wir-ueber-uns/veranstaltungen/32127.html

DIE PRESSE-SHOW

Was ist los in Deutschland? Warum stehen Proteste hierzulande inzwischen generell unter dem Generalverdacht, eine Bedrohung für die Gesellschaft, den Staat, womöglich die ganze Welt zu sein? „Verdi-Chef droht mit Protesten gegen Energiepreispolitik“ titelte am 2. September *Die Welt*. ZDF heute schickte nur eine Stunde später über den Äther: „Verdi droht mit Protesten für Entlastungen“. Was war geschehen? Nichts Bedrohliches, um es gleich vorwegzunehmen. Frank Werneke, der ver.di-Chef, hatte lediglich der *Augsburger Allgemeinen* ein umfängliches Interview über die Nöte der Menschen, das Agieren der Politik und die erfolgreichen letzten ver.di-Tarifverhandlungen gegeben.

Auf die Frage „Was halten Sie von Montags-Demos gegen die Gas-Umlage, zu denen die Linke aufruft?“, antwortete der ver.di-Chef unter anderem: „Grundsätzlich sind Proteste in dieser Situation angemessen.

Das Bündnis

Sozialverträgliche Mobilitätswende hat sich gegründet, um einen gesamtgesellschaftlichen Dialog über die Ausrichtung der Verkehrspolitik konstruktiv zu begleiten und einer Spaltung der Gesellschaft darüber entgegenzuwirken. Durch seine Arbeit strebt das Bündnis an, die fortwährenden Auseinandersetzungen über die Zukunft der Mobilität zu entschärfen und versteht sich als Dialogplattform, auf der Zielkonflikte ausgehandelt werden können. Die Vorschläge des Bündnisses sollen dazu dienen, eine gemeinsame Vorstellung der künftigen Mobilitätswelt zu entwickeln und daraus Handlungsschritte abzuleiten. Die Arbeit des Bündnisses wird gefördert und unterstützt durch die Stiftung Mercator.

werden. Gerade Menschen ohne oder mit niedrigem Einkommen wurde mit dem 9-Euro-Ticket über den Sommer der Zugang zu Mobilität ermöglicht. Das zeige deutlich, welches Potenzial ein attraktiver Tarif für den ÖPNV und damit für eine dringend nötige Mobilitätswende habe. Bei steigender Inflation und Energiekrise stelle es eine wichtige Entlastung dar und vereinfache den Umstieg auf den ÖPNV.

Bund in der Pflicht

Gleichzeitig müsse das ÖPNV-System ausgebaut werden, denn das 9-Euro-Ticket habe dessen

Schwachstellen deutlich sichtbar gemacht. Das Bündnis sieht den Bund jetzt in der Pflicht, „seine im Koalitionsvertrag zugesagten Versprechen für eine nachhaltige, barrierefreie und bezahlbare Mobilität umzusetzen“.

Dafür sei eine dauerhafte Investition in Infrastruktur, Barrierefreiheit, Personal und Fahrzeuge zwingend erforderlich. Gerade Menschen auf dem Land sowie Mobilitätseingeschränkte profitierten zurzeit nicht im gleichen Maße von einem verbesserten Ticket- und Tarifsystem. Bund und die Länder müssten eine dauerhafte und umfassende Finanzierungsstruktur sicherstellen.

zugleich verantwortlich für den gesamten Streikablauf, dem sich am Ende auch die härtesten Gegner in den Klinikleitungen beugen mussten“, heißt es da über die erfolgreichen Streiks und Proteste zur Entlastung an den Unikliniken in Nordrhein-Westfalen.

Organisiertes Pflänzchen

„Die haben uns gar nicht ernstgenommen und gehofft, das zarte Pflänzchen der Organisierten schnell wieder plattmachen zu können“, wird Wesenick zitiert. Und ihr wird attestiert: „Mit ihrer ungeheuren Lust zu reden und ihrem großen kommunikativen Talent scheint sie wie geschaffen zu sein, Menschen zusammenzubringen, ihnen immer wieder Mut zu machen, sich zusammenzutun und für ihre Rechte einzustehen.“ Genau, darum geht's: Einstehen für die eigenen Rechte. Und das ist jetzt keine Drohung.

Petra Welzel

Nur ein halber Schritt

ENTLASTUNGSPAKET – Erste Bewertung durch den ver.di-Vorsitzenden

(pewe) Wochenlang haben die Ampelkoalitionäre miteinander gerungen, um das nun dritte Entlastungspaket auf den Weg zu bringen. Der große Wurf, der vor allem die am stärksten Betroffenen absichert und unterstützt, ist es nicht geworden.

„Die Parteien der Ampelkoalition haben mit dem jetzt vorgelegten dritten Entlastungspaket einige der Forderungen von ver.di aufgegriffen, das ist ein Erfolg“, sagt der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke in einer ersten Reaktion auf das neue Paket. Richtig sei es, „allerdings auch überfällig“, dass jetzt auch Rentner*innen und Studierende eine Einmalzahlung von 300 Euro beziehungsweise 200 Euro erhalten sollen.

Nicht angemessen

Auch der geplante höhere Wohngeldzuschuss, der statt bisher rund 600 000 Bedürftigen rund zwei Millionen zugutekommen soll, sei zu

begrüßen. Wohngeldempfänger*innen können bereits noch in diesem Jahr mit Heizkostenschüssen von mehreren hundert Euro rechnen. Aber es sei „keine angemessene Lösung, Beschäftigte mit eher geringen Einkommen regelmäßig zu Wohngeldempfängern zu machen“, so Werneke. In dem dritten Entlastungspaket fehlten weitere direkte Zahlungen für Menschen mit eher niedrigen und mittleren Einkommen.

Wenn Arbeitgeber auf Grundlage der von den Ampelparteien jetzt vorgesehenen Steuerbefreiung Energiekostenzuschüsse bezahlten, dann sei das angesichts der akuten Kostenbelastung vieler Beschäftigter angemessen und ebenfalls zu begrüßen. Erfreulich sei auch, „dass der Bundesfinanzminister plötzlich neue Spielräume in Milliardenhöhe im Bundeshaushalt entdeckt hat – am Fetisch der Schuldenbremse festzuhalten, ist dennoch völlig unverständlich“, so Werneke. Und die geplante Einführung eines preis-

werten bundesweiten Nahverkehrstickets könne nur dann erfolgreich gelingen, wenn gleichzeitig massive Investitionen in den Ausbau des ÖPNV erfolgten. Dazu gehöre vor allem auch mehr und besser bezahltes Personal.

Höhe bleibt offen

Dass sich darüber hinaus die Forderung von ver.di nach einer Strompreisbremse für den Basisverbrauch von Haushalten im Gesamtpaket wiederfinde, sei gut. Wenn auch noch offen bleibe, bis zu welcher Höhe und zu welchem Preis diese umgesetzt werden soll. Und: Auf die gestiegenen Gaspreise bleibe die Ampelkoalition zudem nach wie vor eine Antwort schuldig. Insgesamt seien die jetzt vorgelegten Eckpunkte für ein Entlastungspaket deshalb nur ein halber Schritt, eine wirksame Preisbremse für Strom und Gas sei am Ende wesentlich. „Daran werden wir als ver.di die Koalition messen“, betont Werneke.



JUDITH KERSCHBAUMER
LEITET DEN BEREICH
ARBEITSMARKT- UND
SOZIALPOLITIK BEIM
VER.DI-BUNDESVORSTAND

KOMMENTAR

Ein guter Anfang ist gemacht

Der Referentenentwurf für das Bürger*innengeld-Gesetz enthält viele positive Ansätze, die ver.di begrüßt. Der angestrebte Paradigmenwechsel weg von der Sanktionspraxis hin zu deutlich mehr Motivation und Vertrauen kann aber nur gelingen, wenn er auch personell begleitet wird. Er erfordert intensive Beratung, die sich auch in den Betreuungsrelationen zwischen Bürger*innen und Beschäftigten in den Jobcentern abbilden muss. Neben einer deutlich besseren Personalausstattung müssen die Beschäftigten ausreichend Zeit für die neuen Aufgaben haben, insbesondere für Potenzialanalyse und Kooperationsplan. ver.di fordert deshalb, Supervision und andere Beratungsmöglichkeiten für die Beschäftigten im Gesetz zu verankern und nicht von der Durchsetzungskraft einzelner Personalrät*innen abhängig zu machen. Weiterhin weist ver.di in einer ergänzenden Stellungnahme mit Nachdruck darauf hin, dass ein im Entlastungspakt III vorgeschlagener Regelsatz von rund 500 Euro keinesfalls ausreicht. Um die Existenz eigenständig zu sichern, muss er bei rund 650 Euro liegen.

Substanzielle Verbesserungen

BÜRGER*INNENGELD – Neuregelungen sollen zum 1. Januar 2023 in Kraft treten

(red.) Ende August wurde der Referentenentwurf zum Bürger*innengeld vorgestellt. Mitte September soll er im Bundeskabinett beraten werden; daran schließt sich dann das parlamentarische Verfahren in Bundestag und Bundesrat an. Geplant ist, dass das Gesetz am 1. Januar 2023 in Kraft treten soll. Mit der Änderung des zweiten Sozialgesetzbuchs und anderer Gesetze will die rot-grün-gelbe Bundesregierung das Hartz-IV-System ablösen.

In einer ersten Bewertung sagt der DGB, der Entwurf beinhalte „substanzielle Verbesserungen, die

bestehende Gerechtigkeitsdefizite, das Erleben der Gängelung und den stigmatisierenden Charakter des alten Hartz-IV-Systems deutlich abmildern können“. Mit dem Bürgergeld könne das „kritikwürdige Hartz-IV-System teilweise tatsächlich überwunden werden“.

Ausreichende Ausstattung

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften weisen darauf hin, dass auch eine ausreichende personelle und finanzielle Ausstattung der Jobcenter sicherzustellen sei,

damit die mit dem Bürgergeld verbundene bessere Betreuung sichergestellt werden könne. Auch die geplante Stärkung der Qualifizierung sei nicht zum Nulltarif zu haben.

Die 17-seitige Stellungnahme des DGB kann unter dgb.de/-/lle heruntergeladen werden. Ergänzend dazu arbeitet der ver.di-Bundesvorstand gerade an einer Bewertung, die die ver.di-spezifischen Belange in den Mittelpunkt stellt. Sie soll bis zur geplanten Beratung des Referentenentwurfs im Kabinett Mitte September vorliegen.

IMPRESSUM

ver.di news

ERSCHEINT 18 MAL PRO JAHR

HERAUSGEBER:

VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT VER.DI,
FRANK WERNEKE, VORSITZENDER

CHEFREDAKTION:

PETRA WELZEL

REDAKTION: HEIKE LANGENBERG

(VERANTWÖRTLICH), MARION LÜHRING,
FANNY SCHMOLKE

VERLAG, LAYOUT UND DRUCK:

DATAGRAPHIS, WIESBADEN
INFOGRAFIK: KLAUS NIESEN

CARTOON: NELCARTOONS.DE

ADRESSE: REDAKTION VER.DI NEWS,

PAULA-THIEDE-UFER 10, 10179 BERLIN,
TEL.: 030 / 69 56 1069, FAX: 030 / 69 56 3012
VERDI-NEWS@VERDI.DE, NEWS.VERDI.DE

HINWEIS: DIE AUSGABE 13 ERSCHEINT

AM 1. OKTOBER 2022

verdi.de

Machtinteressen im Fokus

Unsichtbare im Fokus

(GL) Den Blick schärfen auf jene, die für unseren Alltag unverzichtbar sind, aber medial kaum wahrgenommen werden, ist das Anliegen der beiden Herausgeber*innen. Es geht um Arbeitende im Gesundheitswesen, in der Logistik und vielen weiteren Bereichen unserer Daseinsvorsorge. Es geht um Leistungsträger*innen der eher ausgeblendeten Art. Mit 22 Porträts aus dem Dienstleistungssektor wird ihnen hier ein Gesicht gegeben – mit eigener Stimme und gesellschaftspolitischer Analytik. Es geht um jene Beschäftigtengruppen, die seit Kohls „geistig-moralischer Wende“ und Schröders „Agenda 2010“ abgewertet wurden. Deutlich wird hier an den Beispielen, dass seitdem eine „Transformation“ der besonderen Art stattfindet. Die Ökonomie einer Klassengesellschaft funktioniert mit schlechten Arbeitsbedingungen, zunehmenden Stress und Minderung von sozialer Absicherung. Die schöne neue Arbeitswelt durch Transformation hat reichlich Schattenseiten, wie dieses Buch deutlich klarstellt.

NICOLE MAYER-AHUJA,
OLIVER NACHTWEY (HG.):
VERKANNT LEISTUNGSTRÄGER:INNEN,
BERICHTE AUS DER
KLASSEGESELLSCHAFT;
EDITION SUHRKAMP,
BERLIN, 567 SEITEN,
22 EURO,
ISBN 978-3518036013

SWEG BAHN STUTTGART – GdL eskaliert Tarifauseinandersetzung

(ml) Seit Juli läuft eine Tarifauseinandersetzung bei der SWEG Bahn Stuttgart GmbH (SBS, ehemals Abelio) mit der Gewerkschaft der Lokführer (GdL). Nach ver.di-Informationen ist der Arbeitgeber zu einer Einigung bei der Konzern-Tochter bereit. Mit dem Angebot von über 4 Prozent würde die Bezahlung bei der SBS sogar über dem branchenüblichen Niveau liegen. Dennoch ist die GdL nicht zum Unterzeichnen bereit.

Stattdessen versucht sie sich als Gewerkschaft in den gesamten Konzern zu drängen und mit dem Abschluss bei der SBS die Ausdehnung des Tarifvertrags auf den landeseigenen SWEG-Konzern zu erzwingen. Für die SWEG würde das zwei Tarifverträge bedeuten, denn der Konzern fällt unter den bundesweiten ETV von ver.di, der insbesondere bezüglich der Pensionskasse, dem besonderen Kündigungsschutz, aber auch bei Arbeitszeit und Mehrarbeitszeit-

schlagen bessere Regelungen enthält als der Haustarifvertrag der SBS.

Anfang des Jahres hatte ver.di im ETV und damit auch für den SWEG-Konzern eine Lohnerhöhung um 4,5 Prozent erreicht. Materiell gibt es also keinen Grund für einen zweiten Tarifvertrag im Konzern. Offenbar wolle die GdL aber über die SBS einen Fuß in die Tür des Konzerns bekommen, koste es was es wolle, erläutert Hanna Binder, stellvertretende Leiterin des ver.di-Landesbezirks Baden-Württemberg, die offensichtliche Strategie der GdL. „Um dieses Ziel zu erreichen, würde sie sogar in Kauf nehmen, einen für die Beschäftigten nachteiligen Tarifvertrag zu unterschreiben. Wichtig ist ihnen nur, dass es ihrer ist.“ Durchsetzen sollen das die Beschäftigten der SBS, obwohl die Tarifeinigung im Konzern sie gar nicht betrifft.

Die GdL hat dem Arbeitgeber in einem Flugblatt ein Ultimatum ge-

setzt, das am 25. August ausgelassen ist. Der Arbeitgeber hat weitere Verhandlungstermine angeboten, aber nur für die SBS. Die GdL versucht nun Stimmung unter den Beschäftigten für einen möglichen Streik zu machen, um die Tarifverhandlungen bei der SBS auf den Konzern auszuweiten.

Gabriele Fieback, ver.di-Konzernbetreuerin für die SWEG, betont: „Diesen augenscheinlichen Missbrauch der Beschäftigten bei der SBS für die Machtziele der GdL bedauern wir. Bei uns geht es immer darum, für ein gutes, materielles Ergebnis für die Beschäftigten zu streiken. Nicht darum, Stellvertreterkriege zu führen.“ Dass die Beschäftigten der SBS mit Hilfe der GdL einen Tarifvertrag für den Konzern durchsetzen sollen, mache für die Interessen der Beschäftigten im SWEG-Konzern keinen Sinn. Es habe auch nichts mit Solidarität zu tun.

Weit auseinander

UNIKLINIKUM FRANKFURT – Beschäftigte fordern Entlastung

(red.) Im Juli hatten die Beschäftigten der nordrhein-westfälischen Unikliniken nach wochenlangen Streiks tarifliche Regelungen zu ihrer Entlastung durchgesetzt. Jetzt wollen auch die 4000 nichtärztlichen Beschäftigten der Uniklinik Frankfurt/Main nachziehen. Zur vierten Runde der Tarifverhandlungen Ende August verliehen sie ihren

Forderungen mit Streiks Nachdruck.

ver.di-Verhandlungsführer Georg Schulze sagte, die Positionen lägen nach wie vor weit auseinander. „Zum Beispiel wollen wir einen Entlastungstag, wenn die Beschäftigten drei Belastungsschichten hätten. Die Arbeitgeberseite bietet einen Entlastungstag aber erst nach

20 Belastungsschichten an.“ ver.di wartet jetzt auf ein verbessertes Angebot der Arbeitgeberseite, das sie für den 5. September, also nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe der ver.di news, zugesagt hatte. Das werde anschließend mit den Teamdelegierten beraten. „Es geht jetzt darum, wie wir weiter vorgehen“, so Schulze.

T A R I F L I C H E S

SEEHÄFEN – (pm) Nach zehn Verhandlungsrunden, etlichen Warnstreiks und Demonstrationen hat ver.di mit dem Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe einen erfolgreichen Tarifabschluss für die rund 12000 Beschäftigten in den deutschen Nordseehäfen erreichen können. Es sieht deutliche Entgelt-erhöhungen vor und gleicht die Preissteigerungsrate aus. Rückwirkend zum 1. Juli 2022 sollen die Entgelte in Vollcontainerbetrieben in der Ecklohngruppe 6 (inklusive Sonderzahlung) um 9,4 Prozent steigen. In den konventionellen und

Stückgut-Hafenbetrieben steigen sie in derselben Referenzlohngruppe (inklusive Sonderzahlung) um 7,9 Prozent. Ab 1. Juni 2023 erhöhen sich die Entgelte in den genannten Betriebsarten um jeweils weitere 4,4 Prozent. Sollte die Preissteigerungsrate darüber liegen, tritt eine Inflationsklausel in Kraft, die eine Preissteigerungsrate bis 5,5 Prozent ausgleicht. Für den Fall einer höheren Inflationsrate haben die Tarifparteien eine Verhandlungspflicht, inklusive eines Sonderkündigungsrechtes, vereinbart.

BEWACHUNG HAMBURG – (pm) In den um drei Monate vorgezogenen Tarifverhandlungen für die rund 5000 Beschäftigten des Hamburger Bewachungsgewerbes konnte ver.di deutliche Gehaltssteigerungen durchsetzen. In den unteren Entgeltgruppen betragen die vereinbarten Erhöhungen bis zu 17,1 Prozent, in den höheren liegen sie bei knapp zehn Prozent. Ab Oktober liegen die Stundenlöhne der untersten Entgeltgruppe bei 13 Euro. Die Azubivergütungen steigen um jeweils 80 Euro, im dritten Ausbildungsjahr um 120 Euro.

Druck erzeugt Gegendruck

FACHKRÄFTEMANGEL – Engpässe verschärfen sich, Studie zeigt Auswege

(ml) In der Pflege, in der Sozialarbeit, in Verwaltungen, im IT-Bereich, an Flughäfen, im Nahverkehr, in der Logistik – überall fehlen Fachkräfte. Beschäftigte, die den Druck aufgrund von Personalknappheit nicht mehr aushalten, flüchten immer öfter aus belastenden Arbeitsbedingungen in Teilzeit. Für das verbleibende Personal erhöht sich der Druck. Doch pauschale Verlängerungen von wöchentlichen oder von Lebensarbeitszeiten sind keine Lösung gegen den Fachkräftemangel.

Sie können die Engpässe bei Fachkräften noch verschärfen. Das geht aus einer jüngst vorgelegten Studie des WSI der Hans-Böckler-Stiftung hervor. Angesichts stark verdichteter Arbeitsabläufe und erheblicher psychischer und/oder körperlicher Belastungen an sehr vielen Arbeitsplätzen drohen bei weiter verlängerten Arbeitszeiten geringere Produktivität, reduzierte Leistung oder gar Arbeitsausfall beispielsweise durch vermehrte Unfälle und stressbedingte Erkrankungen.

Die vermeintlich simple Gleichung, dass längere Arbeitszeiten für eine höhere wirtschaftliche Leistung und mehr Geld in den Sozial-

kassen sorgen, funktioniert nicht. Als Strategie gegen Personalengpässe schlagen die Forschenden die folgenden vier wesentlichen Ansätze vor.

Fachkräftepotenziale aktivieren

Dafür sind beispielsweise in sozialen Berufen mit großem Personalmangel substantielle Verbesserungen der Arbeitsbedingungen nötig. In den Bereichen Alten- und Krankenpflege können sich immerhin mindestens 300 000 Fachkräfte, die ihre Arbeitszeit reduziert haben oder ganz aus dem Beruf ausgestiegen sind, eine Rückkehr vorstellen. Nötig wären dazu unter anderem deutlich verbesserte, verbindliche Personalschlüssel oder ein verbesserter Arbeits- und Gesundheitsschutz. Zudem würden mehr Teilzeitbeschäftigte ihre Stunden aufstocken.

Andere Arbeitszeiten

Die Arbeitszeiten müssten so gestaltet sein, dass Beruf und Familie besser vereinbart werden können und Arbeit altersgerecht gestaltet ist.

Gesündere Bedingungen

Gegen Personalengpässe helfen gesündere Arbeitsbedingungen. Die gesetzlich vorgeschriebenen Gefährdungsbeurteilungen müssten überall durchgeführt werden, um arbeitsbezogene Belastungen aufzuspüren und zu minimieren. Auch ist es wichtig, Arbeitsplätze altersgerecht zu gestalten, um die Leistung erfahrener Beschäftigter zu erhalten.

Stabilisierung von Sozialkassen

Zahlen alle Erwerbstätigen Sozialversicherungsbeiträge, also Arbeitnehmer*innen, aber auch Beamt*innen und Selbstständige, führt das nicht nur zu einer besseren Finanzierung der Kassen und entschärft soziale Ungleichheiten. Es sind auch insgesamt höhere Rentenzahlungen möglich. Auch eine höhere Erwerbsquote ist ein wichtiger Baustein, um die Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung zu lösen.

kurzelinks.de/gr3d



MARION LÜHRING IST
REDAKTEURIN DER VER.DI-
ZENTRALREDAKTION

K O M M E N T A R

Die Lösung

Das WSI hat 2021/22 Betriebs- und Personalräte zum Fachkräftemangel befragt. Die Interessenvertreter*innen wiesen auf einen wichtigen Grund hin, den Unternehmensleitungen gerne unter den Tisch fallen lassen: Unattraktive Arbeitsbedingungen sind schädlich, wenn man Fachkräfte sucht. Niedrige Bezahlung und ungünstige Arbeitszeiten holen kein Personal ins Haus. Ein Viertel bis ein Drittel der Befragten sehen darin den wichtigsten Faktor für Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Fachkräften. Nun stellt eine weitere Analyse des WSI vier Strategien gegen Personalengpässe vor. Im Kern geht es um gute Arbeitsbedingungen, um Mitbestimmung bei den Arbeitszeiten, um altersgerechtes Arbeiten, um den Schutz vor krankmachenden Bedingungen am Arbeitsplatz, um gute Personalschlüssel gegen Stress. Wie viele Studien brauchen die Arbeitgeber eigentlich noch, bis sie die Zusammenhänge begreifen? Stimmen die Bedingungen, dann finden sie auch die dringend benötigten Fachkräfte. Gute Arbeit ist die Lösung.

Mundtot machen

VIVANTES – Klinikkonzern mahnt engagierte Gewerkschafterin ab

(pm) Per Abmahnung will die Personalabteilung des Berliner Krankenhausbetreibers Vivantes die stadtbekannteste Gewerkschafterin Silvia Habekost mundtot machen. ver.di verurteilt das Vorgehen aufs Schärfste und fordert die sofortige Rücknahme der Abmahnung.

Silvia Habekost ist eines der prominentesten Gesichter der Berliner Krankenhausbewegung. Sie hat sich in dem langen Kampf um einen Entlastungstarifvertrag an entscheidender Stelle dafür eingesetzt, dass die Arbeitsbedingungen in den Vivantes-Krankenhäusern und damit auch die Versorgung der Berliner Patient*innen besser werden sollen. Dafür investiert die Anästhesie-Pflegekraft am Vivantes-Krankenhaus Friedrichshain sehr viel persönliche Kraft und Zeit.

Ende Juli hat sie der taz ein langes Interview gegeben. Darin ging es um die Frage, wie die zwischen Vivantes und ver.di tarifvertraglich vereinbarte Entlastung neun Monate nach Vertragsunterzeichnung vorankomme. Darin kritisiert Habekost unter anderem, dass Vivantes an vielen Stellen den Tarifvertrag möglichst eng auslege oder unterlaufe und so für Frust bei den Beschäftigten Sorge.

Dafür hat Silvia Habekost nun eine Abmahnung erhalten. ver.di-Jurist*innen halten sie für unberechtigt. „Hier versucht eine Personalabteilung, Kritik einfach zu verbieten, anstatt die Probleme konstruktiv zu lösen“, sagt Susanne Feldkötter, stellvertretende Landesbezirksleiterin von ver.di Berlin-Brandenburg.

Sie forderte die Vivantes-Personalgeschäftsführerin auf, die „unhaltbare Maßregelung“ sofort zurückzunehmen. Der Versuch, die legitime Kritik an der Personalpolitik des öffentlichen Krankenhausunternehmens Vivantes durch ein derart rabiates Vorgehen gegen einzelne in der Öffentlichkeit stehende Gewerkschaftsmitglieder mundtot zu machen, sei zum Scheitern verurteilt.

„Wir lassen uns nicht mundtot machen und stehen gemeinsam hinter unserer Kollegin“, ergänzt Anja Voigt, Pflegekraft bei Vivantes Neukölln und Mitglied des ver.di-Betriebsgruppenvorstands. Sollte es nicht zu einer Rücknahme der Abmahnung kommen, sind verschiedene Unterstützungsaktionen für Silvia Habekost geplant – auch gemeinsam mit Kolleg*innen von der Charité.

Keine drei Stunden Freizeit

Bewerbung im Chat

(dgb-rs) Früher gab es klassische Stellenanzeigen, meist in gedruckten Medien. Und auch die Bewerbungsunterlagen mussten – formellen Kriterien entsprechend – ordentlich übermittelt werden. Im Zeitalter elektronischer Medien weicht das auf. Wer sich per Chat auf eine Stellenanzeige im Kleinanzeigenmarkt eines Online-Auktionshauses bewirbt, erfüllt durchaus Bewerber*innen-Status. Das Einreichen weiterer Bewerbungsunterlagen ist nicht nötig. Diese Erfahrung hat ein familiengeführter Kleinbetrieb gemacht. Er suchte dort eine Sekretärin. Die Chatbewerbung eines Mannes wies er mit dem ausdrücklichen Hinweis ab, es werde eine „Dame“ als Sekretärin gesucht. Der Abgewiesene klagte auf eine Entschädigungszahlung. Scheiterte er noch in der ersten Instanz mit Hinweis auf das Fehlen des erforderlichen Bewerberstatus' bekam er vor dem Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein jetzt recht. Wer eine Stellenanzeige in einem Online-Kleinanzeigenmarkt veröffentlichen, müsse mit Bewerbungen über die Chatfunktion rechnen. Nur die Person des Bewerbers/der Bewerberin müsse identifizierbar sein. Das sei hier der Fall gewesen, so dass das LAG nicht von einer rechtsmissbräuchlichen Bewerbung ausging. Es entschied, dass der abgewiesene Bewerber Anspruch auf drei Monatsgehälter als Entschädigung hat.

Aktenzeichen
2 SA 21/22

24-STUNDEN-BETREUUNG – LAG spricht Klägerin knapp 39000 Euro zu

(dgb-rs/pm) Im vergangenen Sommer hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) die Klage einer bulgarischen Beschäftigten an die Vorinstanz zurückverwiesen. Die Frau hatte als 24-Stunden-Kraft in Privathaushalten Pflegebedürftige betreut. Das BAG hatte ihr in dem vielbeachteten Urteil einen Anspruch auf den Mindestlohn zugesprochen. Er gelte auch für entsandte Pflegekräfte. Die genaue Berechnung sollte das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg vornehmen.

Es hat der Klägerin, die vom DGB-Rechtsschutz unterstützt wurde, jetzt einen Betrag von knapp 39000 Euro zugesprochen – das entspricht einer anerkannten Arbeitszeit von 21 Stunden täglich. „Den Kindern der pflegebedürftigen Senioren sei es erkennbar darum gegangen, dass die Mutter rund um die Uhr betreut sei“, schreibt der DGB-Rechtsschutz in einer Mitteilung zu der Entscheidung. Nur wenn die Kinder anwesend waren, hatte die

Klägerin echte Freizeit. Für diese Zeit gab es keine Vergütung. Für den Rest der Zeit sprach das Gericht der Klägerin eine Vergütung in Höhe des damals geltenden Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde zu. Damit wurde nach einer neunstündigen Beweisaufnahme im April dieses Jahres klar: Der Umfang der tatsächlichen Tätigkeit lag um einiges höher als das LAG noch bei seiner ersten Entscheidung geschätzt hatte.

ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler sieht in der jetzt getroffenen Entscheidung einen „Erfolg auf ganzer Linie“. Es zeige erneut den dringenden Handlungsbedarf. „Die 24-Stunden-Betreuung muss von der Politik endlich angegangen werden“, forderte sie. Beschäftigte seien davor zu schützen, rund um die Uhr arbeiten zu müssen.

„Das System verstößt elementar gegen das Arbeitszeitgesetz und den Gesundheitsschutz, außerdem

wird hier regelmäßig der gesetzliche Mindestlohn umgangen. Aber auch pflegebedürftige Menschen mit ihren Familien brauchen endlich Rechtssicherheit und vor allem ein offizielles bedarfsgerechtes Hilfesystem“, so die Gewerkschafterin. Auch vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Tariflohnpflicht für nicht tarifgebundene Arbeitgeber sei es überfällig, die Pflegeversicherung zu einer „Solidarischen Pflegegarantie“ weiterzuentwickeln: jeder und jede zahlt ein und pflegebedingte Kosten werden vollständig von der Solidargemeinschaft getragen. „Und es muss damit Schluss sein, dass deutsche und internationale Pflegekonzerne dem System mit hohen Renditen Geld entziehen. Die Pflege muss wieder gemeinwohlorientiert organisiert werden“, sagte Bühler.

Aktenzeichen
LAG 21 Sa 1900/19
BAG 5 AZR 505/20

Künstliche Intelligenz in der Arbeitswelt

PRAXISHANDBUCH – Checklisten und Prüffragen zur Gestaltung von KI-Systemen

(walo) Durch die Einführung und Nutzung von Systemen mit künstlicher Intelligenz (KI) wird die Arbeitswelt massiv verändert. Arbeitgeber, Betriebsräte und Beschäftigte stehen vor vielfältigen Herausforderungen – sowohl bei Beschäftigung im prekären als auch im qualifizierten Bereich. Das ehemalige ver.di-Bundesvorstandsmitglied Lothar Schröder und die Mitbestimmungsexpertin Petra Höfers gehen in ihrem Handbuch davon aus, dass KI-Systeme sensorische Fähigkeiten haben, die die menschlichen bei weitem übersteigen.

Dadurch, dass Maschinen nun dazulernen, verändern sie sich fortlaufend. Sie beschleunigen Prozesse im Betrieb und haben die Fähigkeiten Daten zu analysieren und zu nutzen, in einer Geschwindigkeit, bei der Menschen nicht mithalten können. Dieses Szenario birgt riesiges Potenzial, aber eben auch eine Menge rechtlicher, sozialer und ethischer Fragen. Vor diesem Hintergrund haben sie ein umfassendes

Praxishandbuch über KI in der Arbeitswelt vorgelegt.

Für Praktiker*innen ist hilfreich, dass je nach Kenntnisstand und den betrieblichen Notwendigkeiten ein „schnelles Lesen“ möglich ist, weil das Handbuch sinnvoll nach den Suchbegriffen „Was?“, „Warum?“, „Wofür?“, „Wie?“ und „Womit?“ gegliedert ist und zitierfähiges Argumentationsmaterial geliefert wird. Wenn Transparenz und Verständlichkeit fehlen, sind die Sorgen und Ängste von Beschäftigten berechtigt.

In dem Buch wird auf die unbestreitbaren negativen Auswirkungen und Risiken des KI-Einsatzes hingewiesen, Schröder und Höfers werben dennoch dafür, mit KI gute Arbeit zu sichern und zu fördern und Systeme zu fördern, die von den Beschäftigten als nützlich und hilfreich empfunden werden. Das Praxishandbuch bietet Checklisten und Prüffragen zur Gestaltung von KI-Systemen in den Betrieben und Verwaltungen. Es vermittelt Quali-

tätsfaktoren und Vorgehensmodelle. Das Wesen von KI-Anwendungen wird anschaulich erläutert und technische, ethische und soziale Zusammenhänge werden verständlich gemacht.



LOTHAR SCHRÖDER, PETRA HÖFERS:
PRAXISHANDBUCH KÜNSTLICHE INTELLIGENZ – HANDLUNGSANLEITUNGEN, PRAXISTIPPS, PRÜFFRAGEN, CHECKLISTEN, BUND-VERLAG, FRANKFURT/MAIN, 452 SEITEN, 48 EURO, ISBN 978-3766372642

Ohne sie läuft nichts

ZUKUNFTSTAGE – Drei Tage Diskussion über die Frage, wie wir leben wollen

(red.) Die Welt verändert sich. Das ist der Lauf der Dinge. Daher müssen wir uns der Frage, wie wir in Zukunft leben und arbeiten wollen, ständig stellen, Lösungen und Antworten schon heute suchen, damit wir sie für morgen finden. Daher lädt ver.di vom 28. bis 30. September zu Zukunftstagen ein. Digitalisierung, Dekarbonisierung und demografischer Wandel sind die drei Schwerpunktthemen der Diskussionen und Vorträge.

Klar ist auch, dass es nicht die eine Lösung gibt. Doch ist es wichtig, sich auszutauschen, verschiedene Standpunkte zu hören und vor allen Dingen auch Verständnis für andere Positionen zu gewinnen. Nur so können sicherlich vielschichtige Lösungen entwickelt werden, die niemanden zurücklassen und bei vielen auf Zustimmung stoßen.

Arbeitswelt gestalten

Doch was hat ver.di mit dem Austausch darüber zu tun, wie wir in einer zunehmend digitalisierten und dekarbonisierten Welt mit viel

weniger CO₂-Ausstoß und viel mehr erneuerbarer Energie leben und arbeiten wollen? Und das auch unter dem Aspekt des demografischen Wandels, einer sich verändernden Gesellschaft. Gemeinsam mit den knapp zwei Millionen Mitgliedern gestaltet ver.di die Arbeitswelt mit. Doch es geht dabei nicht nur um gute Arbeitsbedingungen. Viele unserer Kolleg*innen halten das Land in vielen Bereichen am Laufen. Sie versorgen uns alle mit Strom und Internet, mit Wärme und Wasser, mit Rente, Gesundheit, Bildung und Kultur, mit Post und Waren, sie sorgen für den Transport auf der Straße, auf dem Wasser und in der Luft – kurzum: Ohne sie läuft nichts.

Mitdiskutieren!

Sie sind in ihren Branchen die Expert*innen. Sie wissen sehr gut, was nötig wäre, um ihre Arbeit zu verbessern oder auch leichter zu machen, was sich ändern muss, damit die Gesellschaft zukunftsfähig bleibt. Deshalb sind auch alle ein-

geladen, sich an unseren Zukunftstagen zu beteiligen, mitzureden, mitzudiskutieren oder einfach auch nur zuzuhören, dabei zu sein.

Aus der Politik werden unter anderem Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, Die Grünen, Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, SPD, und der CDU-Europaabgeordnete Dennis Radtke erwartet. Aus der Wissenschaft kommen die Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung, Claudia Bogedan, Ulrich Walwei vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und die Professorin für Medien und Kommunikation, Johanna Sprondel. An den drei Tagen gibt es zudem zahlreiche Beiträge und Foren von Gewerkschafter*innen und Aktiven aus den verschiedenen ver.di-Branchen.

Der erste Veranstaltungstag findet in der ver.di-Bundesverwaltung statt. Die Teilnahme ist aber auch online möglich. Der zweite und dritte Tag sind ausschließlich als Online-Veranstaltung geplant.

Mehr Infos unter **zukunftstage.verdi.de**



PETRA WELZEL IST DIE CHEFREDAKTEURIN VON VER.DI

K O M M E N T A R

Wir haben nur die eine Zukunft

Was ist schon noch wie früher, als angeblich alles besser gewesen sein soll? Nicht mehr viel. Vielmehr ist ständig alles im Fluss und verändert sich. In der Arbeitswelt sind Roboter längst so alltäglich wie in immer mehr Haushalten der Saugroboter. Mobile Telefone sind aus der Arbeitswelt nicht mehr wegzudenken, aber auch im Privatleben kaum mehr. Der Frage, wie wir in Zukunft leben und arbeiten wollen, müssen wir uns immer wieder stellen. Vor allem jetzt, wo unsere Zukunft und die unserer Kinder zuvorderst vom Klimawandel bedroht ist. Ein einfaches Weiter-so, auf neue Technologien warten und setzen reicht schon lange nicht mehr. Wir müssen jetzt handeln, die Schalter umlegen und nicht nur die Arbeitswelt klimaneutral gestalten, sondern auch unseren Alltag. Wir haben nur diese eine Zukunft. Wir müssen uns täglich fragen, was unser Handeln im Heute für Auswirkungen auf das Morgen hat. Zukunft ist immer das, was wir daraus machen.

Elektronischer Newsletter

ERWERBSLOS – A-Info künftig als PDF beziehen

(red.) Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS) gibt das A-Info heraus, einen Newsletter mit Informationen mit sozialpolitischen Informationen rund um das Thema Erwerbslosigkeit. Er erscheint als PDF und kann kostenlos unter **erwerkslos.de/a-info** heruntergeladen werden. Auch ein Bezug per E-Mail ist möglich.

Das A-Info erscheint aber auch noch in einer gedruckten Fassung. Die KOS bittet alle Interessierten, die Möglichkeit zu prüfen, das A-Info künftig als PDF statt in gedruckter Form zu beziehen. Gründe sind zum einen die Kosteneinsparungen, aber auch zum schonenden Umgang mit Umweltressourcen beitragen zu wollen. Weitere Vorteile: Die elektronische Ausgabe kann an

interessierte Kolleg*innen weitergeleitet werden. Für Infotische und Veranstaltungen können Ausgaben oder einzelne Seiten spontan ausgedruckt werden.

Wer Interesse an der elektronischen Form hat, schicke bitte eine kurze Nachricht an info@erwerkslos.de mit Angabe der eigenen E-Mail-Adresse, an die das PDF geschickt werden soll.

TERMINE

Die nächste Veranstaltung der Online-Reihe **Stärker werden – Praxisbeispiele der kollektiven Betriebs- und Tarifarbeit** findet am 21. September von 15 bis 18 Uhr statt. Wer teilnehmen möchte oder bei einem späteren Treffen dieser Reihe ein eigenes Projekt vorstellen möchte, kann sich unter aabi@verdi.de melden.

Der ver.di-Bereich Gute Arbeit lädt am 10. Oktober von 10.30 bis 12 Uhr zu einer Online-Veranstaltung zum Thema **Künstliche Intelligenz** ein. Dabei geht es um die aca-tech-Plattform „Lernendes Systeme: Mensch-KI-Schnittstelle, Prozesse, Forschung. Anmeldung bis zum 30. September unter **kurzelinks.de/y0kg**

Bei einer Online-Veranstaltung zu den aktuellen Entwicklungen beim **Beschäftigtendatenschutz** laden der ver.di-Bereich Mitbestimmung und Input Consulting am 12. Oktober von 10.15 bis 14 Uhr ein. Dabei wird auch der DGB-Entwurf zum Beschäftigtendatenschutzgesetz diskutiert. Mehr Infos: **eveeno.com/344783542**



KATHARINA VON BRONSWIJK:
**KLIMA IM KOPF. ANGST,
WUT, HOFFNUNG.
WAS DIE ÖKOLOGISCHE
KRISE MIT UNS MACHT,**
OEKOM-VERLAG, MÜNCHEN,
207 SEITEN, 22 EURO,
ISBN 978-3962383817

Hingucken und nicht verzweifeln

BUCHTIPP – *Psychologischen Mechanismen, um mit Umweltzerstörungen umzugehen*

Dass Klimaveränderungen gefährlich sind, haben inzwischen fast alle mitgekriegt – und doch findet kein echtes Umsteuern weg vom Abgrund statt. Die Psychologin Katharina van Bronswijk erklärt in einem leicht verständlich geschriebenen Buch nicht nur, wie eingeschlifene Denkmuster, selektive Wahrnehmung, Technikgläubigkeit und Scheinlösungen dazu führen, dass notwendige Änderungen unterbleiben. Parallel wachsen auch Angst, Trauer und Wut – was angesichts der Weltlage durchaus angemessen ist.

Weil die Probleme tatsächlich bedrohlich sind, lassen sich die Gefühle nicht als irrational hinterfragen. „Es geht darum, die Angst

eher zu managen, damit sie nicht lähmend wird“, fasst die Sprecherin der Initiative Psychologists for Future zusammen. Ziel müsse es sein, hinzuschauen und sich berühren zu lassen – und zugleich die Kontrolle über das eigene Befinden zurückzuerlangen und ins Handeln zu kommen.

Die Autorin leitet gut durch das Dickicht verschiedener Forschungsansätze und gibt Orientierung über die Verantwortungsebenen: Wofür sind die Einzelnen zuständig, was ist eine gesellschaftspolitische Frage? Dabei vertritt sie selbst klare Positionen, indem sie die repräsentative Demokratie als unzureichend erklärt und mehr echte Partizipations- und Mitbestimmungsmöglichkeiten fordert. Dass die Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten Zuversicht und Hoffnung nähren kann, weiß sie aus eigener Erfahrung.

Angenehm ist, dass sie über sich selbst ohne Nabelschau schreibt und sich als Suchende outet: „Als Psychologin frage ich mich oft, was das Aufwachen mit den düsteren Prognosen in Bezug auf das Klima mit unseren Kindern macht. Dazu gibt es noch wenig Erkenntnisse.“ Van Bronswijk argumentiert klar gegen Frontenbildungen und für Respekt beispielsweise gegenüber Kohlekumpeln, die ihre Arbeit, ihre Sicherheit und ihre Kultur

verlieren. Auch wenn die Aussichten düster sind, plädiert die Autorin für einen „konstruktiven Optimismus“. Es sei nicht gleichgültig, was wir tun oder lassen in der Zeit, die wir auf dem Planeten verbringen: „Immer wenn wir selbst einen Schritt in die richtige Richtung gehen, werden wir Pionier*innen des Wandels.“

Das hilft nicht nur, die eigene psychische Gesundheit zu bewahren, sondern wirkt auch ansteckend. Schließlich sind Menschen von Natur aus kooperative Wesen. Das Buch ist ein überzeugendes Plädoyer gegen Ohnmachtsgefühle und für eine Haltung: „Wir können das zusammen schaffen.“

Annette Jensen

NACHRUF

Die Kollegin **Michaela Hoffmann-Schaefer** ist im Alter von 61 Jahren gestorben. Sie hatte ihre hauptamtliche Tätigkeit Ende 1990 als Mitarbeiterin der IG Medien in der Landesbezirksverwaltung in Mainz begonnen. Kurz nach der ver.di-Gründung qualifizierte sie sich als Gewerkschaftssekretärin und arbeitete bis 2006 in verschiedenen Fachbereichen. 2007 wechselte sie in das ver.di-Büro auf dem Ler-

chenberg beim ZDF-Betriebsverband. Zudem engagierte sie sich als Fan des Fußballbundesligisten Mainz 05 beim Mainzer Fanprojekt, das 1994 auf Initiative der Gewerkschaftsjugend ins Leben gerufen wurde. „Ihre un-nachahmliche Art, ihre Liebe zu Mainz 05 und ihre große Hilfsbereitschaft werden uns sehr fehlen“, heißt es in einem Nachruf des ver.di-Landesbezirks Rheinland-Pfalz-Saarland.

TERMINE

Zum **Thema Mitbestimmung reloaded – Transformation erfordert Erneuerung** steht eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) zur Debatte. Der ver.di-Bereich Mitbestimmung veranstaltet dazu am 13. Oktober von 11 bis

16.30 Uhr in der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin einen Austausch zwischen Interessenvertretungen, Gewerkschaft und Politik. Die Veranstaltung findet in Präsenz und Online statt. Anmeldung und mehr Infos: kurzelinks.de/vpot

Erhöhung

„Wir haben es leider mit dauerhaft steigenden Preisen zu tun, diese erfordern nachhaltig wirkende Entgelterhöhungen.“

Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke zu künftigen Tarifausschlägen